

Fünf Fragen an Kornelia Hagen

## Wie sollte anbieterunabhängige Verbraucherarbeit finanziert werden?

**Frau Hagen, wie ist es um die Finanzierung der anbieterunabhängigen Verbraucherarbeit in Deutschland bestellt? Können die Verbraucherorganisationen den Bedarf noch decken?**

Der Bedarf kann nicht mehr in dem Maße gedeckt werden, wie es viele Jahre lang möglich war. Es gibt neue Informations- und Beratungswünsche von Verbrauchern aufgrund von Reformen der Bundesregierung. Dazu gehören die private Altersvorsorge, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen und auch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes. Hinzu kommt, dass „alte“ Beratungsbedürfnisse von Verbrauchern weiterhin nachgefragt werden, sodass ein steigender Bedarf an Beratung befriedigt werden muss. Hier ist eine Lücke entstanden. Zugleich soll die Finanzierung aus Sicht der Bundesregierung stärker unabhängig von öffentlichen Mitteln über die Verbraucherorganisationen gesichert werden.

**Die Verbraucherorganisationen werden zu einem hohen Teil aus öffentlichen Geldern finanziert, der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) beispielsweise zu 90 Prozent. Nutznießer sind aber die Verbraucher – warum gibt es keine stärkere Beteiligung der Verbraucher an der Finanzierung?**

Der vzbv hat geprüft, ob die Verbraucherzentralen für ihre Informationen und Beratungen höhere Gebühren erheben können als bisher. Es ist nicht sinnvoll, die Verbraucher noch weiter mit Kosten zu belasten und damit die Nachfrage nach Informations- und Beratungsangeboten einzuschränken.

**Wie könnten alternative Finanzierungsmodelle aussehen?**

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass es zahlreiche andere Möglichkeiten gibt. Etwa die Umlagefinanzierung durch private Unternehmen. Dies kann sektoral erfolgen wie in Großbritannien. Dort werden die sogenannten „Watch Dogs“ in den deregulierten Sektoren darüber finanziert, dass die Unternehmen Lizenzen oder

Umlagen an die öffentliche Hand abführen. Diese Mittel werden dann an die „Watch Dogs“ überwiesen. Eine andere Möglichkeit ist die Finanzierung über Straf- oder Bußgelder bei Wettbewerbsverstößen, wie es in Italien und ansatzweise schon in Deutschland der Fall ist.

**Der vzbv hat die Gründung einer verbraucherpolitischen Stiftung vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat dies wegen zu hoher Kosten abgelehnt. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?**

Der vzbv sah zwei Alternativen vor: Zum einen, dass ein Gründungskapital von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wird, das dann von einer Stiftung verwaltet wird. Zum anderen sollte dieses Kapital aus unterschiedlichen Quellen in Form einer Mischfinanzierung zusammengeführt werden. Aus ökonomischer Sicht hat beides Vor- und Nachteile, aber es gibt keinen Grund, der prinzipiell gegen eine Stiftungslösung spricht. Das ist letztlich eine rein haushaltspolitische Entscheidung.

**Es gibt verschiedene Modelle, die auch die Wirtschaft in die Finanzierung der Verbraucherarbeit mit einbeziehen wollen.**

**Besteht nicht die Gefahr, dass die Verbraucherorganisationen dadurch ihre Unabhängigkeit verlieren?**

Diese Frage wird durchaus strittig diskutiert. Ist eine Umlage rechtlich abgesichert, begrüßen auch die Verbraucherorganisationen eine Mitfinanzierung durch die Wirtschaft. Andere Vorschläge, zum Beispiel Sponsorengelder, werden kritischer beurteilt. Es gibt einen Modellversuch der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, die Sponsorengelder einwirbt. Dies wird durchaus kritisch gesehen. Selbst die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sieht die Gefahr, dass Sponsorengelder auch als Werbepattform genutzt werden könnten und die Unabhängigkeit der Verbraucherorganisationen damit infrage stellen.



Kornelia Hagen,  
Wissenschaftliche  
Mitarbeiterin der  
Abteilung Informationsgesellschaft  
und Wettbewerb  
im DIW Berlin

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das Interview zum  
Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen  
vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,  
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung  
– auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die  
Stabsabteilung Kommunikation des  
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.